



Parteiprogramm für MenschenRechte 100pro

Leben im Naturrecht Leben im Naturrecht
Frei und Selbstbestimmt
Tierrechte und Pflanzenschutz

Die Menschenrechte sind von allen Menschen zu beachten. Kein Mensch darf den Anderen in seinen Rechten willkürlich einschränken und über sein Leben entscheiden. Gleichwohl hat der Mensch die Verpflichtung, die Natur zu respektieren. Ohne die Natur und der daraus folgenden Ressourcen ist der Mensch nicht lebensfähig. Daraus ergibt sich die Pflicht der Nachhaltigkeit. Die Natur ist fremdes Eigentum, das nicht ausgemerzt und zerstört werden darf.

1. Rechte der Menschen

- Bedingungsloses Grundeinkommen für Alle
- 1.000 € für Menschen vom 18. Lebensjahr bis zum Rentenalter
- 500 € für jedes Kind bis zur Volljährigkeit
- 1.500 € Mindestrente ab dem 65. Lebensjahr
- Sozialleistungen entfallen
- Einzahlungen in die Rentenkasse für Jedermann (auch Beamte, Selbstständige, Berufssoldaten, Privatiers)

2. Pflichten der Menschen

- Körperbewusstsein entwickeln und daraus die Verantwortung für sich selbst übernehmen
- Das Bewusstsein für die Natur wieder entdecken und respektieren - wir sind ein Teil davon und verpflichtet diese zu erhalten
- Die industrielle Verpackung von Lebensmitteln stark einschränken durch personenbezogene Kennzeichnung der Produkte beim Kauf in Supermärkten
- Vermeidung der personenbezogenen Kennzeichnung durch verpackungsfreien Kauf bei regionalen Anbietern (Wochenmärkte)

3. Volksabstimmung

In Anlehnung an das Schweizer Verfahren (Plebiszit)

4. Familie und Bildung

- Betriebskindergärten ab 300 Beschäftigte
- Das Recht für Alle auf bezahlbaren Wohnraum
- Bildung kostenfrei für Alle: Keine Studiengebühren, Lehrmittelfreiheit
- Soziales Jahr für Alle nach der Schule und vor Ausbildungs- oder Studienbeginn
- Die Akzeptanz der Kunst fördern
- Rentenpunkte für Mütter erhöhen
- Resozialisierung auf kommunaler Ebene durch gemeinnützige Arbeiten (beispielsweise Stadtteilpflege)
- Interkonfessioneller Religionsunterricht (nach dem Hamburger Modell „Religion für Alle“)
- Nachhaltige Sanierung von Schulen und Kindergärten
- Schulunterricht sollte lebensnah gestaltet werden mit Musik, Kunst, Schwimmunterricht und das Fach Religionswissenschaften für die Oberklassen

5. Gesundheitswesen

- Prävention, Aufklärung und Informationen für ein gesundes Leben
- Ärztliche Vergütung nur bei Erfolg
- Eine Krankenkasse für Alle aus öffentlichen Mitteln
- Zusatzbeiträge für Krankenversicherung abschaffen
- Freie Entscheidung für die Pflegeversicherung
- Abschaffung des Gutachtersystems; (Medizinische Dienste) Pflegegradeinstufung nur nach ärztlichen Diagnosen
- Mehrgenerationenwohnprojekte statt Pflegeheime

6. Verkehrspolitik

- Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs beispielsweise durch Erweiterung des Schienennetzes,
- Fahrradtaxen für Großstädte und Stadtteile
- Autofreie Innenstädte
- Ruftaxe für den ländlichen Bereich
- Kostenfreie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Jedermann

7. Elementare Bedürfnisse

Keine Privatisierungen von:

- Wasser- und Energiewirtschaft
- Müllabfuhr
- Telekommunikation und Post

8. Zwangsmitgliedschaften beenden

- GEZ
- IHK
- Berufsgenossenschaften
- Handelskammer
- Kranken- und Pflegeversicherung

9. Bankenwesen

- Eine öffentliche Bank
- Keine Schufa
- Jedermann hat das Recht auf ein Konto

10. Aufsichtsräte und Lobbyisten

- Einführung eines verpflichtenden, öffentlichen Lobbyistenregisters auf Bundes- und Europaebene
- Aufsichtsrats- und Gesellschafterposten von Politikern transparent veröffentlichen; bei Interessenkonflikten verbieten

11. Finanzierungsmöglichkeiten

- Bekämpfung aggressiver Steuervermeidung der Großkonzerne
- Angemessene Besteuerung auch für multinationale Unternehmen
- Transparenz von Kirchenvermögen
- Keine Zahlung von Kirchensteuern; Streichung von staatlichen Zuschüssen
- Einnahmen von Kirchen müssen versteuert werden, beispielsweise Brauereien, Pflegeheime, Wohnungen und andere Projekte
- Transaktionssteuer
- Vermögenssteuer
- Erbschaftssteuer
- Pferdesteuer

12. Justiz und Verwaltung

- Indizienprozesse vermeiden; Einführung von Schöffengerichten
- Verwaltung und Polizei müssen wieder bürgernah arbeiten
- Bürokratie auf ein Minimum beschränken
- Keine Verschärfung der Polizeigesetze
- Honorarvergütung der Rechtsanwälte nur bei Erfolg
- Resozialisierung von Strafgefangenen; Löschung des Vorstrafenregisters nach zehnjähriger Straffreiheit

13. Presse

- Bedingungslose Sorgfalt der Journalisten bei der Recherche
- Wahrhaftigkeit und Unvoreingenommenheit bei Berichterstattung und Dokumentation
- Innere und äußere Einflussnahme auf die journalistische Freiheit verhindern
- Trennung von Redaktion und Werbung, von Journalismus und PR (Public Relations)

14. Arbeitswelt

- Lohngleichheit der Geschlechter
- Erhalt des Mittelstandes
- Zuverdienst zum bedingungslosen Grundeinkommen uneingeschränkt möglich
- Sozialabgaben angemessen und transparent

15. Müllproblem

- Entkriminalisierung des Containers
- Pflicht der Supermärkte und Bäckereien zur Abgabe überschüssiger, genießbarer Lebensmittel an Bedürftige
- Tägliche Sicherstellung von Wochenmärkten bis 22:00 Uhr (um verpackungsfreies Einkaufen zu fördern)
- Keine Standgebühren für Marktbetreiber (lediglich ein Unkostenbeitrag)

16. Tiere

- Massentierhaltung abschaffen
- Artgerechte Nutztierhaltung
- Keine Waldrodung für Weideflächen und Sojaanbau (Regenwald)
- Insekten als Nahrungsmittel zulassen
- Tierversuche vollständig einstellen; Forschung nach Alternativmethoden
- Importstopp von Billigfleisch
- Import- und Verkaufsverbot neuer Pelzwaren
- Erhaltung und Schutz bedrohter Tierarten
- Abschaffung der Jagd
- Den Einsatz und Missbrauch von Tieren als Belustigungsobjekt verbieten (Zirkus, Tiershow, Aquarien, Ponykarussell etc.)
- Artgerechte Tierhaltung in Freigehegen außerhalb von Wohnorten, städtische Tierparks schließen
- Verbesserung der rechtlichen Stellung der Tiere im Bürgerlichen Gesetzbuch, der Zivilprozessordnung und im Tierschutzgesetz

17. Pflanzen

- Pflege und Schutz bedrohter Pflanzenarten
- Absage an den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie Kennzeichnungspflicht aller bereits mit Gentechnik hergestellten Lebensmittel
- Ökologische Landwirtschaft fördern
- Variantenreichen Fruchtwechsel durchführen
- Alternative Aussaatmethoden fördern
- Monokulturen vermeiden
- Monopolisierung der Saatgutproduktion verbieten
- Erhalt von alten Kulturpflanzen

18. Digitalisierung

- Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit
- Keine anlasslosen Überwachungen, keine Eingriffe in die Privatsphäre ohne konkreten Verdacht oder richterliche Anordnung
- Wahrung der Urheberrechte für Kreative und faire Vergütung der Urheber
- Schaffung rechtsstaatlicher Bedingungen gegen die Datenausbeutung durch Internetkonzerne